

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

- Notfall- und Katastrophenschutzplanung

Ihre persönlichen Daten werden zur Erstellung von Notfall- und Katastrophenschutzplänen (z.B. der Sicherheit an Schulen) benötigt.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 Buchst. e Datenschutz Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit
Art. 4 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG);
Art. 2 und 3 Bayerisches Katastrophenschutzgesetz (BayKSG);
ergänzende Rechtsvorschriften.

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:
- Name, Vorname, Funktion (evtl. ergänzende Ausbildung), Adress- und Kontaktdaten
der (Schul-)leitung, der Verwaltung, von Mitarbeitern und ggf. weiteren Personen und Ansprechpartnern.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die von Ihnen gemachten Angaben werden im Landratsamt Ostallgäu innerhalb der hierfür zuständigen Fachabteilungen verarbeitet. Darüber hinaus übermitteln wir die Daten an mitwirkende Behörden, Stellen und Organisationen (z.B. Polizei, Feuerwehr).

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit erfolgt keine Weitergabe oder Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Maximal 10 Jahre nach Löschung der personenbezogenen Daten aus den Notfallplänen. Die Löschung richtet sich nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und orientiert sich an den jeweiligen Vorgaben des Einheitsaktenplanes für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten erheben wir im Regelfall direkt über die betroffene Person.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO ein und verarbeiten Ihre Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Angabe Ihrer personenbezogenen Daten ergibt sich aus den genannten gesetzlichen (Bayerisches Katastrophenschutzgesetz) und rechtlichen Bestimmungen.